

Fusion ist wieder auf dem Tisch

Ebikon und die Stadt Luzern sollen abklären, was eine Fusion bringen würde. Das fordern zwei Vorstösse in beiden Gemeinden.

Robert Knobel

Der Traum einer «Grossstadt Luzern» platzte 2011: Damals sagten Kriens und Ebikon mit 70 Prozent Nein zu Fusionsverhandlungen mit der Stadt Luzern. Wenig später kam auch aus Emmen ein klares Nein. Seither wagte niemand mehr, das Thema Fusion ernsthaft zu diskutieren.

Doch jetzt, über 13 Jahre nach dem Mehrfach-Nein der Agglo-Gemeinden, kommt die Fusion wieder auf den Tisch: Im Ebikoner Einwohnerrat und im Luzerner Stadtparlament wurde gleichzeitig ein Vorstoss eingereicht. Die Forderung: Luzern und Ebikon sollen miteinander in Kontakt treten, die Vor- und Nachteile einer Fusion prüfen und einen möglichen Zeitplan aufzeigen. Im Einwohnerrat Ebikon wurde das Postulat «Gemeinsame Perspektiven für Ebikon und Luzern» von SP, Grünen und GLP eingereicht.

«Unsere Pflicht, alle Optionen zu prüfen»

In der Begründung heisst es: «Die enge geografische und funktionale Verflechtung zwischen Ebikon und der Stadt Luzern ist heute bereits Realität». Die Herausforderungen in den Bereichen Verkehr, Raumplanung und Infrastruktur würden kaum vor Gemeindegrenzen Halt machen. «Als Einwohnerrat ist es unsere Pflicht, alle Optionen für die Zukunft unserer Gemeinde sorgfältig zu prüfen – eine Fusion mit der Stadt Luzern gehört dazu», heisst es weiter.

Doch wieso kommt das Thema ausgerechnet jetzt auf den Tisch – wo doch Ebikon mit der Einführung eines Parlaments endlich eine erfolgreiche Politreform umsetzen konnte? Auch das politische Leben ist spürbar dynamischer geworden, seit der



Mit dem R-Bus sind Ebikon und Luzern bereits verbunden – nun soll auch eine politische Fusion geprüft werden. Bild: Dominik Wunderli (29. 2. 2024)

neue Einwohnerrat im Herbst 2024 seinen Betrieb aufgenommen hat. Für Laura Renggli, SP/Grünen-Fraktionschefin, sind es finanzielle Gründe, die eine Diskussion über eine Fusion nötig machen. «In Ebikon haben sich viele Investitionen angestaut. Doch um sie zu realisieren, fehlt uns der finanzielle Spielraum.»

Eine Stadt mit 100'000 Einwohnern

Im Verbund mit der Stadt, so die Hoffnung, könnte man aus der finanziellen Sackgasse wieder herauskommen. Noch gehe es nicht um konkrete Fusionspläne, sondern nur darum, das Thema überhaupt wieder zu diskutieren. «Eine ergebnisoffene Auseinandersetzung mit dieser Frage ist im Interesse der Bevölkerung», heisst es im Postulat.

Im Stadtparlament Luzern wurde eine ähnlich lautende Motion von SP, Grünen, Mitte und GLP eingereicht. Auch sie betont die finanziellen Vorteile, welche eine Fusion für Ebikon hätte. Doch auch die Stadt würde profitieren: Die Motion erwähnt die Landreserven in Ebikon, die der Stadt neue Entwicklungsmöglichkeiten gäben. «Darüber hinaus würde eine Fusion Luzerns Rolle als urbanes Zentrum stärken.» Luzerns Bevölkerungszahl würde mit Ebikon auf knapp 100'000 steigen. Damit hätte Luzern auf nationaler Ebene mehr Gewicht, so die Hoffnung.

Im Stadtparlament ist die Überweisung der Motion Formsache, da die vier unterzeichnenden Parteien eine klare Mehrheit haben. In Ebikon ist

die Ausgangslage offener. SP, Grüne und GLP haben lediglich 9 von 30 Sitzen. Allerdings wurde das Postulat auch von einzelnen Mitgliedern der Mitte und FDP unterzeichnet. Einer von ihnen ist Urs Kaufmann (Mitte). Er sagt: «Eine Mehrheit unserer Fraktion findet es richtig, Fusionsabklärungen zu treffen, um einmal alle Fakten auf dem Tisch zu haben.» Das sei noch kein definitives Ja zu einer Fusion, doch um überhaupt weiter darüber diskutieren zu können, brauche es eine gute Entscheidungsgrundlage.

Für die SVP ist eine Fusion gar kein Thema

Anders die SVP – sie sieht keinen Anlass, über eine Fusion zu diskutieren: «Eine Fusion würde für Ebikons Bevölkerung

überwiegend Nachteile mit sich bringen.» Die SVP befürchtet, dass Ebikons Bevölkerung als Teil der Stadt Luzern zu wenig Gewicht hätte. «Hinzu kommt, dass Ebikon sämtliche linksgrünen Anliegen der Stadt Luzern ebenfalls übernehmen müsste.» Die SVP bezweifelt zudem, dass die Stadt Ebikons Finanzprobleme lösen könnte. Denn Luzern sei zurzeit zwar sehr finanzstark – doch das könne sich jederzeit mit dem Wegzug eines guten Steuerzahlers wieder ändern.

Ebikon solle besser auf «konstruktive Massnahmen» setzen, «um das Image der Gemeinde nachhaltig positiv zu beeinflussen», schreibt die SVP – und nennt als Beispiel die Bewerbung für den «Donnschtig-Jass» von SRF.

Auto kracht in Café-Terrasse

Stadt Luzern In der Stadt Luzern ist es am frühen Dienstagabend zu einem folgenschweren Verkehrsunfall gekommen. Ein Auto fuhr in den Aussenbereich des Cafés der Bäckerei-Konditorei Kreyenbühl an der Würzenbachstrasse 23, wie die Luzerner Polizei einen Bericht des Zentralschweizer Fernsehens «Tele 1» bestätigt.

Wie auf den Bildern erkennbar ist, fuhr ein schwarzer Personwagen der Marke BMW durch die Heckwand auf die Terrasse des Cafés und krachte dort gegen mindestens einen Gartentisch mitsamt Stühlen. Ein Teil der Schaufenster ging in die Brüche. Laut ersten Informationen gab es mehrere Verletzte. Wie viele, war anfänglich noch nicht klar. Vor Ort waren mehrere Einsatzfahrzeuge der Polizei, Feuerwehr und des Rettungsdienstes.

Wie ein Polizeisprecher später gegenüber «20 Minuten» sagte, seien zwei Personen schwer und zwei weitere leicht verletzt worden. Eine geplante Tat könne ausgeschlossen werden. Die Unfallursache ist momentan noch ungeklärt. Die polizeilichen Ermittlungen laufen. (dvm)

Ferienpass: Anmeldung gestört

Stadt Luzern Mit dem Sommer fängt bald auch der Start vom beliebten Ferienpass an. Eigentlich hätte gestern der Anmeldebeginn für das Ferienangebot für Kinder und Jugendliche stattfinden sollen, doch eine Anmeldung für die Angebote via Webseite war nicht möglich. Grund für die Störung war eine fehlerhafte Verknüpfung in der Software, die eine Fehlermeldung auslöste, teilte die Stadt Luzern mit. Vereinzelt hat die Stadt verärgerte Rückmeldungen erhalten. Die Stadt hat den Anmeldestart nun auf heute um 8 Uhr verschoben. Bis dahin sollte das Problem behoben sein. (gjp)

Nachgefragt zum feministischen Streik am 14. Juni

«Was in den USA passiert, macht Angst»

Diesen Samstag findet in der Stadt Luzern erneut der feministische Streik statt. Mitorganisatorin Ariane Iten äussert sich über Forderungen, Ausrichtung und Rahmenbedingungen des Anlasses.

Das Kernthema des diesjährigen feministischen Streikes ist die Care-Arbeit. Weshalb?

Ariane Iten: Es ist ein Thema, das alle Menschen betrifft. Schliesslich sind wir alle mit Care-Arbeit aufgezogen worden. Das Problem der schlecht oder gar nicht bezahlten Care-Arbeit ist medial sehr präsent, politisch passiert aber gar nichts. Darauf wollen wir hinweisen.

Was soll denn passieren?

Das Streikkollektiv fordert, dass wir als Gesellschaft stärker auf Menschen Rücksicht nehmen,

die Care-Arbeit leisten. Beim vorgeburtlichen Mutterschutz gibt es zum Beispiel noch viel zu tun. Es kann nicht sein, dass werdende Mütter bis zu zwei Tage vor der Geburt noch arbeiten. Auch die Elternzeit muss viel grosszügiger werden. Zwei Wochen Vaterschaftsurlaub – das sind «mehrere» Ferien. Eine Elternzeit von einem Jahr wäre absolut gerechtfertigt. Es geht uns aber nicht nur um Eltern, sondern auch um Finta-Personen, die Care-Arbeit in der Pflege oder zu Hause leisten. (Finta steht für «Frauen, intersexuelle, nicht binäre und Transgender-Personen», Anm. d. R.)

Die Weltpolitik wird derzeit von patriarchalen Figuren dominiert. Wieso fokussiert sich der Streik nicht darauf?

Klar: Was in den USA passiert, macht Angst. Dass die Stim-



Ariane Iten gehört zum OK des feministischen Streikes. Bild: zvg

mung in einem so grossen Staat derart kippen kann, ist besorgniserregend. Plötzlich scheint es gar nicht mehr so abwegig, dass so etwas auch in der Schweiz geschehen kann. Wir wollten uns aber nicht auf dieses eher allgemeine Thema fokussieren.

Das aktuelle politische Klima wird viele auch so auf die Strasse locken. Es gibt bestimmt einige, die spezifisch gegen Trump und Musk demonstrieren.

Der 14. Juni fällt dieses Jahr auf einen Samstag. Ist der feministische Streik jetzt kein Streik mehr?

Der «Streik» fand schon in den vorherigen Jahren an Randzeiten statt. Die Schweiz hat ohnehin eher wenig Erfahrung mit Streiks. (Lacht.) Im Grunde handelt es sich eher um eine Demo. Dass diese 2025 am Samstag stattfindet, finden wir megacool. Das gibt uns die Gelegenheit, uns besser und grösser zu präsentieren. Wir können schon vor dem Mittag anfangen statt wie bisher am Abend.

Rechnen Sie mit einem Ansturm?

Das ist schwierig vorherzusagen. Es könnte sein – und würde uns natürlich freuen.

Was erwartet die Teilnehmenden?

Geplant sind verschiedene Reden von Politikerinnen, aber auch von Care-Arbeitenden, die von ihrem Alltag erzählen. Eine Rednerin wird vor allem über die Sicherheit von Finta-Personen sprechen, wir öffnen den Fächer also auch etwas. Zudem haben wir eine offene Bühne und ein Kinderprogramm organisiert – sowie ein lockeres Gespräch zum Thema «Frauenstreik 1991, 2019 und heute».

Bürgerliche Frauen monieren regelmässig, dass der feministische Streik zu linkslastig sei. Können Sie das nachvollziehen?

Es stimmt, dass die Personen in

unserem Streikkollektiv mehrheitlich links ticken. Aus meiner Sicht behandeln wir Fragen des Menschenrechts. Wenn die Bürgerlichen nichts damit zu tun haben wollen, ist das ihr Problem – nicht unseres. Wir verschliessen uns jedenfalls nicht vor bürgerlichen Mitwirkenden und Demonstrierenden.

Als Rednerinnen treten die Stadträtinnen Melanie Setz (SP) und Korintha Bärtsch (Grüne) auf. Wieso spricht nicht auch Stadträtin Franziska Bitzi (Mitte)?

Franziska Bitzi wurde angefragt und hat abgesagt. (sma)

Hinweis

Auftakt am 14. Juni um 12 Uhr auf dem Inselli, Demo von 15 bis etwa 18 Uhr. Weitere Infos auf: www.frauenstreikluzern.ch